

Aktuell
**„ES IST ZU SCHLIMM.
SAGEN SIE DAS IN HANNOVER!“**

Aktuell
DIE VERNACHLÄSSIGTE BEDROHUNG

Aus dem Parlament
NIEDERSACHSENS POLIZEI AM LIMIT

Klartext
**DAS SCHEITERN DER ROT-GRÜNEN
ABSCHIEBEPRACTIS**

BERICHT AUS DEM LANDTAG

Ausgabe September 2015

**SPEZIALAUSGABE ZUM
THEMA FLÜCHTLINGE**

ASYLPOLITIK: DAS MUSS IN NIEDER- SACHSEN PASSIEREN!

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen
und Herren,

die Aufnahme tausender von Flüchtlingen stellt derzeit ganz sicher die größte politische Herausforderung in Deutschland dar. Die Aufnahmeeinrichtungen sind völlig überlastet und haben ihre Kapazitätsgrenze längst überschritten.

Flüchtlinge übernachteten zu Hunderten in Turnhallen und Zelten. In dieser Situation hat mich tief beeindruckt, wie es trotzdem gelungen ist, weit über 50.000 weitere Flüchtlinge, die über Ungarn in die EU gekommen sind, in Deutschland aufzunehmen. Innerhalb weniger Stunden haben das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter, die Malteser, das THW, die DLRG und die Feuerwehren Aufnahmecamps errichtet und in Betrieb genommen.

Diese Institutionen haben dabei eindrucksvoll ihre Professionalität, ihr hohes ehrenamtliches Engagement und ihre Leistungsstärke unter Beweis gestellt. Krisensituationen wie diese zeigen deutlich: Wenn die staatlichen Einrichtungen ausfallen und die Verwaltungen überfordert sind, dann stehen die ehrenamtlichen Kräfte der Hilfsorganisationen bereit. Sie sind die Helden, die immer zur Stelle sind, wenn sie gebraucht werden.

Für ihre Arbeit bedanke ich mich sehr herzlich.



Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

THEMA DES MONATS

ASYLPOLITIK: DAS MUSS IN NIEDERSACHSEN PASSIEREN!

Rot-grüne Landesregierung muss endlich ihre Handlungsmöglichkeiten wahrnehmen – CDU legt umfassenden Forderungskatalog vor

Die letzten Wochen und Monate haben deutlich gemacht: Wir stehen vor einer außergewöhnlichen Herausforderung in der Flüchtlingspolitik. Die Aufnahme von voraussichtlich einer Million Menschen allein in diesem Jahr erfordert einen nationalen Kraftakt. Bund und Europa müssen daher schnellstmöglich langfristige Lösungen finden. In der aktuellen Situation mit völlig überfüllten Aufnahmeeinrichtungen und Kommunen am Rande ihrer Belastungsgrenze sind jedoch vor allem die Länder gefordert.

Niedersachsen wird in diesem Jahr voraussichtlich rund 100.000 Flüchtlinge aufnehmen. Um diese Aufgabe bewältigen zu können, muss die rot-grüne Landesregierung ihre Handlungsmöglichkeiten endlich wahrnehmen. Dabei geht es nicht nur um die Aufnahme und die humane Unterbringung der Flüchtlinge, sondern langfristig um die erfolgreiche Integration derjenigen, die dauerhaft in Niedersachsen bleiben werden.

Gleichzeitig müssen wir unser Asylsystem gerade angesichts dieser Aufgabe vor Überlastung bewahren. Das Asylrecht ist nicht das richtige Instrument für eine gesteuerte Zuwanderung. Die

Gründe für die aktuellen Flüchtlingsbewegungen in der Welt sind komplex - Deutschland allein wird diese Probleme nicht lösen können.

Gerade weil momentan so viele Verfolgte und Vertriebene zu uns kommen, die unsere Hilfe brauchen, müssen wir dafür sorgen, dass unser Asylsystem diesen Menschen auch tatsächlich zugute kommt. Zu einer verantwortungsvollen Asylpolitik gehört deshalb die konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber, die primär aus wirtschaftlichen Gründen zu uns gekommen sind. Um eine erfolgreiche Integration zu gewährleisten,



Björn Thümler

Björn Thümler, Fraktionsvorsitzender

FORDERUNGEN AN DIE ROT-GRÜNE LANDESREGIERUNG:

Aufnahme und Unterbringung gewährleisten

- Um die dramatische Flüchtlingssituation zu bewältigen, muss die Landesregierung einen ressortübergreifenden Stab einsetzen, der die notwendigen Maßnahmen in den einzelnen Bereichen koordiniert.
- Damit die menschenwürdige Unterbringung aller in Niedersachsen aufgenommenen Flüchtlinge gewährleistet werden kann, müssen ausreichend Kapazitäten in Aufnahmeeinrichtungen des Landes geschaffen werden.
- Bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung müssen im Zuge des Registrierungsverfahrens bei allen ankommenden Asylbewerbern Gesundheitsuntersuchungen durchgeführt werden, um die Verbreitung von Infektionskrankheiten zu verhindern. Darüber hinaus muss ein landesweites Impfkonzept entwickelt werden.

- Das Land muss seinen Teil zur dringend notwendigen Beschleunigung der Asylverfahren beitragen – dazu gehört die Abordnung von Personal aus anderen Landesbehörden in die Erstaufnahmeeinrichtungen, um die Registrierung durch das Land zu beschleunigen. Nicht nur das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), auch die Landesaufnahmebehörde ist derzeit ein Flaschenhals!
- Die Kommunen tragen im Hinblick auf Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge die Hauptlast – sie müssen bei dieser Aufgabe in finanzieller Hinsicht dauerhaft und in ausreichendem Umfang vom Land unterstützt werden.

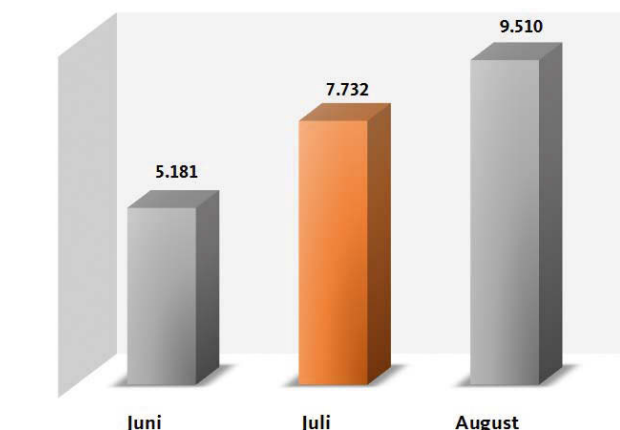
Integration ermöglichen

- Um die erfolgreiche Integration von Asylbewerbern zu gewährleisten, braucht Niedersachsen ein eigenes Landesintegrationsgesetz nach dem Grundsatz „Fördern und Fordern“.
- Sprache ist der Schlüssel zur erfolgreichen Integration – in einem Sonderprogramm „Schule“ müssen deshalb für Flüchtlingskinder an niedersächsischen Schulen konsequent Sprachlernklassen eingerichtet und dafür in ausreichendem Maße zusätzliche Lehrerstunden zur Verfügung gestellt werden.
- Zudem muss es Lehrkräften und Kursleitern sowohl in den Schulen als auch in der Erwachsenenbildung bis auf Weiteres ermöglicht werden, Flüchtlingen Deutschunterricht auch ohne sofortigen Nachweis einer formalen Qualifikation für „Deutsch als Fremdsprache“ zu erteilen.

Asylsystem gezielt entlasten

- Rot-Grün hat inzwischen eingeräumt, dass ihre Abschiebep Praxis in Niedersachsen gescheitert ist. Die CDU hat sich mit der Forderung nach einer Überarbeitung des Rückführungserlasses durchgesetzt. Die Landesregierung muss jetzt für praxisgerechte Rückführungsbestimmungen sorgen, die sich an den Forderungen der Kommunen orientieren.
- Alle Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive müssen für die gesamte Dauer ihres Asylverfahrens in den Landeseinrichtungen untergebracht werden und dürfen nicht auf die Kommunen verteilt werden.
- Die Landesregierung muss ihre Blockadehaltung im Bundesrat hinsichtlich der Einstufung aller Staaten des Balkans als sichere Herkunftsländer endlich aufgeben.

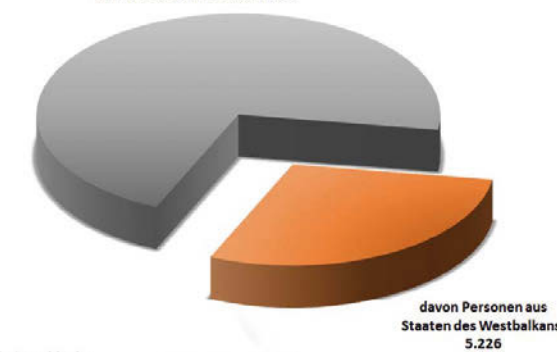
Anzahl der Asylsuchenden, die in den Monaten Juni, Juli und August 2015 nach Niedersachsen gekommen sind:



Quelle: Niedersächsisches Innenministerium

- Das Wohnraumförderprogramm des Landes muss umgehend um ein Darlehensprogramm für den Erwerb, den Bau und die Modernisierung von Wohnraum für bleibeberechtigte Flüchtlinge ergänzt werden.
- Damit Asylberechtigte in Niedersachsen so schnell wie möglich ein unabhängiges Leben führen können, muss die Qualifizierung und Vermittlung in den Arbeitsmarkt zügig beginnen.
- Um die Einwanderung nach Niedersachsen künftig sinnvoll steuern und begrenzen zu können, muss das gültige Aufenthaltsgesetz zu einem nachvollziehbaren und verständlichen Einwanderungsgesetz weiterentwickelt werden, das sich an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes und den Qualifikationen des Bewerbers orientiert.

Zahl der auf die Kommunen verteilten Asylbewerber (Juni bis August 2015): 12.630



Quelle: Niedersächsisches Innenministerium

Diese Seiten finden Sie auch als ständig aktualisierten Flyer zum Herunterladen auf unserer Internetseite unter:

<http://www.cdu-fraktion-niedersachsen.de/themen/fluechtlingskrise-in-niedersachsen/>

AKTUELL

„ES IST ZU SCHLIMM. SAGEN SIE DAS IN HANNOVER!“

Ein Besuch in der Flüchtlings-Erstaufnahmeeinrichtung Bramsche-Hesepe



Das mit Blumen bepflanzte Willkommensschild am Eingang der Einrichtung ist der einzige Farbtupfer in der ansonsten tristen Szenerie.

„Wir haben keine freien Zimmer“ – dieser Satz prangt, übersetzt in insgesamt sieben Sprachen, an der Tür zum Zentralgebäude der Flüchtlings-Erstaufnahmeeinrichtung Bramsche-Hesepe. Angesichts der Zustände in der Einrichtung eine fast schon absurde Formulierung: Denn ein eigenes Zimmer hat hier niemand. Schon seit Wochen, noch bevor die Flüchtlingskrise in Deutschland mit dem Zustrom aus Ungarn eine neue dramatische Zuspitzung erfahren hat, ist das Lager in der Nähe von Osnabrück hoffnungslos überfüllt.

Wer Glück hat, ergattert einen Schlafplatz in einem der langgestreckten Backsteingebäude, die über das Gelände verteilt sind – darunter zahlreiche zu Unterkünften umfunktionierte Werkstätten und Hallen. Ob im Zimmer oder auf dem Flur ist dabei fast egal – Hauptsache feste Wände, die vor den zunehmend feuchten und kalten Nächten schützen. Auch wer in einem der zusätzlich aufgestellten Container Unterschlupf findet, gehört noch zu den „lucky ones“ – den „Glücklichen“ – wie es unter den Flüchtlingen heißt. Denn die Alternative lautet: Unterbringung im Zelt, ohne Strom und ohne Heizung.

In den 60er Jahren errichtet, dient die ehemalige niederländische Kaserne in der 2560-Seelen-Gemeinde Hesepe dem Land Niedersachsen seit 1988 als Einrichtung für die Unterbringungen von Spätaussiedlern, jüdischen Kontingentflüchtlingen und Asylbe-

werbern. Das Areal umfasst rund 17 Hektar und ist für die Unterbringung von rund 700 Personen ausgelegt. Wie viele Menschen sich derzeit tatsächlich auf dem Gelände aufhalten, weiß niemand genau – ehrenamtliche Betreuer vor Ort sprechen von einer Zahl weit jenseits der 3000.

„Am Wochenende ist hier keiner“

Das Erstaufnahmelager an einem verregneten Samstagnachmittag im September: Wer das Gelände betritt oder verlässt, scheint hier niemanden so recht zu interessieren. „Wenn wer fragt, sagen Sie einfach, dass Sie jemanden besuchen“, lautet die lapidare Auskunft des Wachpersonals am Tor. Die Gebäude und Container am Eingang, in denen die Administration sowie die Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sitzen sollen, sind an diesem Nachmittag verwaist. „Die sind Freitagmittag ab 12 Uhr verschwunden“, erzählt eine ehrenamtliche Mitarbeiterin der Johanniter. „Außer einem privaten Wachdienst und einem Sanitäter ist hier am Wochenende keiner.“ Der Betreuungsauftrag der Johanniter selbst erstreckt sich nur auf das zuletzt errichtete Zeltlager und damit auf gerade Mal einen Bruchteil der Menschen, die derzeit in Bramsche-Hesepe untergebracht sind.

Flüchtlinge, die am Wochenende eintreffen, erhalten vom Wachpersonal einen kleinen gelben Zettel, auf dem der Tag



Überall sind Wäscheleinen gespannt, auf denen Kleidung zum Trocknen hängt – angesichts des anhaltenden Nieselregens an diesem Tag ein ziemlich aussichtsloses Unterfangen.

der Ankunft und das Datum für die Registrierung durch die Landesaufnahmebehörde notiert werden. Das Feld in dem normalerweise die Haus- und Zimmernummer eingetragen werden, bleibt frei – die Flüchtlinge müssen sich auf dem Gelände selbst um einen Schlafplatz kümmern. Von einer medizinischen Erstuntersuchung und -versorgung keine Spur. Zwischen Ankunft und Registrierung vergehen inzwischen bis zu zwei Monate. Bis zur Registrierung durch das BAMF und dem Asylantrag dauert es noch länger.

Bereitschaftspolizei inzwischen im Einsatz

Ansonsten scheint das Lager am Samstag und Sonntag mehr oder weniger unbetreut. Vor allem was in den großen Festzelten geschieht, in denen hauptsächlich junge Männer unterschiedlichster Nationalitäten untergebracht sind, weiß offenbar keiner so genau. Die ehrenamtlichen Helfer warnen Frauen davor, den Zelten zu nahe zu kommen – „zu unsicher“ so die vielsagende Erklärung. Immerhin, seit dem Vortag ist die Bereitschaftspolizei Oldenburg vor Ort und patrouilliert auf dem Gelände. Der Grund dafür: Im Rahmen einer privat organisierten Spendenaktion war eine Massenschlägerei ausgebrochen, die nur durch massives Eingreifen der Polizei geschlichtet werden konnte. „Wir haben uns in unserem Bauwagen verbarrikadiert“, berichten die Johanniter. „Die Familien, die in unseren Zelten untergebracht sind, hatten große Angst. Viele von ihnen sind nach ihrer langen Flucht ohnehin völlig verstört.“ Man brauche abgegrenzte Bereiche für Familien und für die einzelnen Nationalitäten.

Die sanitäre Situation ist verheerend

Schon ein kurzer Blick in die Zimmer, Container und umfunktionierten Festzelte genügt, um zu erkennen, in welcher Enge die Menschen hier leben müssen. Sie schlafen dicht an dicht in Stockbetten, die sie mit Laken verhängen, um sich zumindest ein wenig



Häuser und Container in der Erstaufnahmeeinrichtung sind längst überbelegt – den neuankommenden Flüchtlingen bleibt meist nur das kürzlich errichtete Zeltlager der Johanniter.

Privatsphäre zu schaffen. Denjenigen, die in den zuletzt aufgestellten einfachen Katastrophenschutzzelten untergekommen sind, fehlt es an allem: Die Feldbetten sind längst knapp geworden, viele Flüchtlinge müssen auf einfachen Matratzen direkt auf dem provisorisch eingezogenen Zeltboden schlafen. Schlafsäcke gibt es nicht – einfache Bettdecken ohne Bezüge, manchmal sogar nur dünne Woldecken, müssen in den schon jetzt empfindlich kühlen Nächten reichen.

Auch die sanitäre Situation im Lager ist verheerend. Die vorhandenen Anlagen reichen angesichts der völligen Überbelegung bei Weitem nicht aus. Der hygienische Zustand der acht Dixie-Toiletten, die für das stetig wachsende Zeltlager zur Verfügung stehen, ist miserabel. Die Waschräume liegen geschätzt einen knappen Kilometer weit entfernt am anderen Ende des Geländes – eine mehr als unbequeme Situation, zumal sie für die Bewohner die einzige Möglichkeit sind, außerhalb der Essenszeiten an Trinkwasser zu gelangen.

Aktuelle Flüchtlingszahlen sind reine Schätzungen

In Anbetracht der Tatsache, dass allein in Bramsche derzeit hunderte Flüchtlinge bis zu acht Wochen auf ihre offizielle Registrierung warten, wird klar: Die aktuellen Flüchtlings-Zahlen für Niedersachsen und ganz Deutschland sind reine Schätzungen. Der nicht abbreißende Flüchtlingsstrom, der sich derzeit über Österreich nach Deutschland ergießt, wird die Lage – auch in Bramsche-Hesepe – weiter verschärfen.

Die Situation geht vor allem den Helfern vor Ort an die Nieren. So klagt eine Mitarbeiterin der Johanniter: „Es ist zu schlimm. Sagen Sie das in Hannover!“

AKTUELL

DIE VERNACHLÄSSIGTE BEDROHUNG

In der Flüchtlingskrise verliert Rot-Grün die Gefahr durch radikale Islamisten aus dem Blick

Die Flüchtlingskrise in Europa spitzt sich immer weiter zu: Länder riegeln ihre Grenzen ab, tausende unregistrierte Flüchtlinge erreichen Deutschland, neue Flüchtlingsunterkünfte sind innerhalb kurzer Zeit bis auf den letzten Platz belegt und die Zustände in den Erstaufnahmeeinrichtungen sind oft problematisch. Während der Fokus auf den humanitären Herausforderungen liegt, entsteht in den niedersächsischen Unterkünften jedoch fast unbeobachtet ein neues Problem: radikal-islamistische Salafisten suchen verstärkt den Kontakt zu Flüchtlingen.

Islamisten werben unter Flüchtlingen

„Es ist pietätlos und schlicht inakzeptabel, dass Salafisten in den Flüchtlingsunterkünften genau für den radikalen Islam werben, vor dessen grausamen Terror ein Großteil der Geflohenen bei uns Schutz sucht“, sagt die innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Angelika Jahns. Schon lange ist bekannt, dass Salafisten Kämpfer für den Islamischen Staat (IS) anwerben. Laut Verfassungsschutzberichten nutzen Salafisten die unzureichende Betreuung in den Erstaufnahmelagern, um zu versuchen, Flüchtlinge für ihren radikalen Islamismus zu gewinnen. „Betreuung und Sicherheit in den Erstaufnahmeeinrichtungen müssen so organisiert werden, dass Radikale keinen Zugang zu den Flüchtlingen haben. Wer bei uns Schutz sucht, darf nicht in die Fänge von Salafisten geraten. Ansprechpartner für Asylsuchende darf niemand anderes sein, als Vertreter des Landes oder ehrenamtliche Hilfskräfte, mit denen schon seit Jahren vertrauensvoll zusammenarbeitet wird.“

Die Sicherheitsbehörden können zudem nicht ausschließen, dass mit den tausenden Flüchtlingen auch ehemalige Terrorkämpfer unerkannt nach Deutschland kommen. Das Bundesinnenministerium spricht zumindest von einer „abstrakten Möglichkeit“. „Das Chaos, das teilweise in den Erstaufnahmen herrscht, schafft Raum für jede Art von Kriminalität bis hin zum Terrorismus“, sagt Jahns.

„Rot-Grün tut ernst gemeinte Mahnungen aber als politische Panikmache ab. Die Sicherheitsbehörden hingegen haben die Gefahr erkannt.“ Die Landesregierung müsse die Mitarbeiter in den Aufnahmeeinrichtungen für mögliche Gefahren sensibilisieren und für umfassende Sicherheitsvorkehrungen und Prävention zu sorgen. „Die Flüchtlinge und die gesamte Gesellschaft brauchen die Gewissheit, dass keine Terrorkämpfer zu uns kommen. Aus einer abstrakten Möglichkeit darf keine reale Gefahr werden.“

Terrorexpert aus Niedersachsen – Rot-Grün ohne Konzept

Ein lange bekanntes Problem bleibt derweil durch Rot-Grün ungelöst: Seit Jahren machen sich radikale Muslime von Niedersachsen aus auf den Weg in den Kampf für den IS. „Bislang sind wahrscheinlich 30 Menschen durch niedersächsische IS-Kämpfer umgekommen. Dass Niedersachsen auf diese Weise Terrorismus exportiert, ist unerträglich“, betont Jahns. Die Stadt Wolfsburg ist inzwischen ein regelrechtes Zentrum für



Angelika Jahns, MdL – innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion



Über scheinbar harmlose Aktionen, wie Koranverteilungen suchen Salafisten Kontakt zu Flüchtlingen.

Foto: dpa

Terrorkämpfer aus Niedersachsen geworden. Allein 2014 sind von hier mindestens 16 Personen in den Irak und nach Syrien gezogen, um dort für den IS zu kämpfen.

Früher oder später kehren die Kämpfer zurück und stellen ohne Kontrolle ein unkalkulierbares Sicherheitsrisiko dar. Doch der Staatsanwaltschaft fällt die Beweisführung zu Verbrechen, die tausende Kilometer entfernt begangen wurden, schwer. Das zeigt aktuell auch der Prozess gegen zwei Verdächtige vor dem Oberlandesgericht Celle. „SPD und Grüne müssen ihren bisherigen Kurs umgehend korrigieren und die einschlägig bekannten Treffpunkte radikaler Islamisten überwachen lassen“, sagt Jahns. Das sei ein erster Schritt, um die Ausreise von Terrorkämpfern zu verhindern. „Radikalen darf kein Raum geboten werden, Muslime zum Kampf für den IS zu rekrutieren. Wir brauchen ein gemeinsames Präventionsprojekt von Land und Moscheen.“

AUS DEM PARLAMENT

NIEDERSACHSENS POLIZEI AM LIMIT

Trotz hoher Arbeitsbelastung werden Niedersachsens Polizisten an andere Bundesländer verliehen

Niedersachsens Polizisten arbeiten am Rand der Belastbarkeit: Kein Schwertransport rollt ohne Blaulichteskorte, keine größere Demonstration kommt ohne Polizeischutz aus und kaum ein Fußballbundesligist kann ohne die Hilfe von Hundertschaften in seinem Stadion für Sicherheit sorgen. Deshalb mussten die Beamten allein im letzten Jahr zusätzlich 369.000 Stunden Dienst leisten. Doch damit nicht genug. Bei Einsätzen außerhalb Niedersachsens sind noch einmal knapp 178.000 Einsatzstunden zusammengekommen. Wie eine große Anfrage der CDU-Landtagsfraktion ergeben hat, verleiht Niedersachsen seine Polizisten in großem Umfang an andere Bundesländer, die ihr Personal reduziert haben. Die Folgen für die niedersächsische Polizei: Eine seit Jahren hohe Arbeitsbelastung und insgesamt 1,5 Millionen Überstunden.

Polizisten vor Überlastung schützen – klare Regeln nötig

„Im Interesse der Polizisten und der Sicherheit der Bevölkerung dürfen wir es nicht zulassen, dass sich Niedersachsens Beamte aufreiben, nur weil andere Länder zu wenig Personal haben“, sagt der polizeipolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Thomas Adasch. „Wir brauchen eine klare Regelung: Erst wenn die Sicherheit der Menschen in Niedersachsen gewährleistet ist, ohne dass die Polizei überlastet wird, können zusätzliche Einsätze übernommen werden.“

Dafür müssen aber auch die Einsätze in Niedersachsen reduziert werden, wie Adasch betont: „Es kann nicht sein, dass vor allem in den Kommunen stundenlang kein Streifenwagen mehr vor Ort ist, weil jeder nächtliche Schwertransport von der Polizei begleitet werden muss.“ Oftmals könnte diese Aufgabe nach einer Unterweisung genauso gut von den Spediteuren selbst geleistet werden. Schließlich seien die Beamten schon im Tagesgeschäft stark gefordert. Die Zahl von Wohnungseinbrüchen ist nach wie vor hoch. Und auch für die Verfolgung von Cyberkriminalität und Kinderpornografie wird nicht nur eine gute technische Ausstattung benötigt, sondern auch eine große Zahl von Polizisten.

Rot-Grün – kein zusätzliches Personal

In der Antwort auf die CDU-Anfrage macht das Innenministerium deutlich, dass die Zahl der Polizisten ausreichend sei, um die auflaufenden Einsätze zu bewältigen – mehr Personal sei dafür nicht nötig. Die Realität sehe jedoch anders aus, kritisiert Adasch: „Wenn Hundertschaften nicht in Niedersachsen zur Verfügung stehen, weil sie in anderen Bundesländern im Einsatz sind, müssen reguläre Polizeikräfte einspringen. Dadurch wächst nicht nur die Personalbelastung, sondern auch der Berg von Überstunden.“

Darüber hinaus sorgen auch die Flüchtlinge, die nach Niedersachsen kommen, für eine Zunahme der Einsätze. So ist die



Thomas Adasch, MdL – polizeipolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Kriminalitätsrate im Umfeld der Erstaufnahmeeinrichtungen gestiegen. „SPD und Grüne können noch so oft von Populismus und Panikmache sprechen – Tatsache ist, dass die Flüchtlinge eine Herausforderung für die Sicherheit in Niedersachsen sind“, sagt Adasch. „Wir müssen so schnell wie möglich neue Stellen bei der Polizei schaffen, wenn wir den massenweisen Burnout unserer Polizisten vermeiden wollen.“ Gleichzeitig müsse der Beruf des Polizisten für junge Menschen wieder attraktiver gemacht werden. Dafür sei auch eine bessere Bezahlung nötig. „Unsere Polizisten, die regelmäßig ihre Gesundheit riskieren, damit wir in Sicherheit leben können, sollten es uns wert sein. Die Beamten erwarten zu Recht, dass Rot-Grün endlich handelt und für Entlastungen sorgt.“



Sondereinsätze, wie die Sicherung von Demonstrationen, sind eine zunehmende Belastung für Niedersachsens Polizisten.

Foto: dpa

KLARTEXT:**DAS SCHEITERN DER ROT-GRÜNEN ABSCHIEBEPRAXIS**

Von Editha Lorberg

Lange hat er sich gesträubt, doch angesichts der dramatischen Zuspitzung der Flüchtlingskrise in Niedersachsen hatte Innenminister Pistorius letztlich keine Wahl: Sichtlich widerwillig kündigte er im Rahmen des September-Plenums die Verschärfung der niedersächsischen Rückführungsregelungen an. Damit hat die Regierung Weil das Scheitern ihrer bisherigen Abschiebepaxis öffentlich eingestanden.

Endlich möchte man sagen. Viel zu lange haben die rot-grünen Regelungen die angesichts des ungebremsten Flüchtlingszustroms dringend notwendige Rückführung abgelehnter Asylbewerber blockiert. Bis zuletzt haben SPD und Grüne krampfhaft an ihrem umstrittenen Rückführungserlass festgehalten.

Jetzt die Kehrtwendung: Künftig sollen Asylbewerber, die weniger als 18 Monate im Land sind, nicht mehr die Möglichkeit haben, die Härtefallkommission anzurufen, zudem soll ihre Abschiebung in der Regel nicht mehr angekündigt werden.

Damit ist ein erster Schritt getan. Die Kommunen werden ein Stück weit entlastet und dringend benötigte Kapazitäten für tatsächlich Hilfsbedürftige aus den Krisengebieten können jetzt leichter freigesetzt werden. Das reicht allerdings bei Weitem nicht aus. Was wir in Niedersachsen brauchen, ist eine dauerhaft praktikable Rückführungspraxis. Die Kommunen haben dem Innenministerium mit einem umfassenden Forderungskatalog klare Leitlinien an die Hand gegeben – diese muss die Regierung Weil nun schnellstmöglich umzusetzen.

Dazu gehört vor allem ein konsequentes Wiedereinreiseverbot für abgelehnte Asylbewerber. Es kann und darf nicht sein, dass abgelehnte Asylbewerber, die aktuell für die freiwillige Ausreise 1.800 Euro bekommen, wenige Monate später erneut einreisen und wieder Asyl beantragen. Dieser Kreislauf muss endlich wirksam unterbunden werden.

Um rechtmäßig angeordnete Abschiebungen auch durchführen zu können, muss es Polizeibeamten zudem grundsätzlich erlaubt werden, die Wohnung ausreisepflichtiger Asylbewerber zu betreten. Bislang ist dies nur mit dem Einverständnis der Bewohner möglich.

Vorbild für die Überarbeitung der niedersächsischen Regelungen könnte das grün-rot regierte Baden-Württemberg sein. Dort ist die Abschiebepaxis klar und deutlich auf vier Seiten geregelt. Es gibt keinen Grund, warum das in Niedersachsen nicht auch möglich sein sollte.



Editha Lorberg, MdL – stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion

TERMINE

3. Oktober
Tag der Deutschen Einheit

13. – 15. Oktober
Plenum des Niedersächsischen Landtags

IMPRESSUM

Herausgeber:
CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:
Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:
Anna Anding
Dr. Eike Frenzel
Sabine Busse
Philip Ossenkopp
Telefon (05 11) 3030-4119
bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook
<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>